DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

infrest e.V. und Fachgemeinschaft Bau

per Mail an: C.Kroemer@infrest.de

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01
Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 30. August 2021

Betr. Wahlprüfstein von infrest e.V. und Fachgemeinschaft Bau

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von infrest e.V. und Fachgemeinschaft Bau.

Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

1. Eine moderne Verwaltung für Berlin
Frage: Wie wollen Sie die Berliner Verwaltungen sowohl auf Senats- als auch auf Bezirksebene hinsichtlich dieser Herausforderungen konkret modernisieren?

Eine effiziente und zeitnahe Durchführung von Baumaßnahmen, die für eine moderne Infrastruktur unerlässlich ist, erfordert im digitalen Zeitalter eine moderne Verwaltung und ein partnerschaftliches Arbeiten auf Augenhöhe. Dafür müssen in den Behörden die notwendigen digitalen Strukturen, Prozesse und Arbeitsmittel zur Verfügung stehen.

2. Stärkung der Berliner Straßen- und Grünflächenämter und Anwendung des Berliner Straßengesetzes
Für die Sanierung und den Ausbau der Berliner Infrastruktur sind die bezirklichen Genehmigungen unerlässlich. Bereits vor der Corona-Pandemie gestaltete sich die Situation in den Straßen- und Grünflächenämter mehrheitlich schwierig. Um die zukünftigen Aufgaben zu meistern, sind starke Genehmigungsbehörden ein wichtiger Bestandteil.
Frage: Wie wollen Sie die mittel- und langfristige Arbeitsfähigkeit der Straßen- und Grünflächenämter in Berlin sicherstellen?

Während sich die Situation hinsichtlich der Anträge der Leitungsnetzbetreiber bei der VLB seit deren Integration in die Senatsverwaltung als Abteilung VI verbessert hat, ist die Situation in den Bezirksämtern nach wie vor problematisch.
Durch die vom Senat dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Novelle des Straßengesetzes hätte sich die Situation in den Bezirksämtern hinsichtlich der Antragsbearbeitung von notwendigen Leitungsarbeiten aufgrund neuer Antragserfordernisse weiter zugespitzt.

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus trat dafür ein, die in der Novelle des Straßengesetzes vorgesehenen Änderungen auf die nächste Legislatur zu verschieben, um gemeinsam mit den Leitungsnetzbetreibern machbare Lösungen zu finden. Es gelang in den Verhandlungen jedoch nur, mit der Streichung der Antragspflicht in Havariefällen die größte Problematik aus dem Gesetzentwurf herauszunehmen. Anträge werden in Havariefällen künftig nur dann zu stellen sein, wenn absehbar ist, dass die Baumaßnahmen länger als zwei Wochen andauern, ansonsten bleibt es bei der Anzeigepflicht. Weitere Änderungen waren nicht möglich. Aufgrund der Dringlichkeit der ebenfalls in dem Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen zur Regulierung von Mietfahrzeugen entschieden wir uns in der Abwägung, unter diesen Bedingungen mit dieser Änderung die Novelle des Straßengesetzes zu verabschieden. Nichtsdestotrotz sehen wir die Notwendigkeit, in der nächsten Legislatur mit Priorität die Bestimmungen erneut anzugehen, insbesondere den Ausschluss der öffentlichen Versorgungsunternehmen von der Genehmigungsfiktion. Wir wollen daher zu den Anforderungen des Straßengesetzes an die Leitungsnetzbetreiber und Straßen- und Grünflächenämter zu Beginn der kommenden Legislatur in einen erneuten Austausch eintreten.
Allerdings ist die Situation sich stauender Anträge und damit von Investitionen bereits heute problematisch. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode haben wir dafür gesorgt, dass in den letzten vier Jahren circa 400 Millionen Euro in bezirkliches Personal investiert wurden. Doch insbesondere in den Bezirken gelingt es noch nicht, in ausreichendem Maße die notwendigen Fachkräfte zu finden und zu halten. Wir brauchen eine mittel- und langfristige Strategie zur Überwindung des Fachkräftemangels. Um der permanenten Konkurrenz zwischen Bezirken und Senat entgegenzuwirken, wollen wir eine bessere Vergleichbarkeit der Stellenbewertungen in der Hauptverwaltung auf Landesebene und in den Bezirksverwaltungen. Insbesondere in Mangelberufen braucht es eine zentrale Stellenbewertung und verbindliche Standards.
Mit dem Personalaufwuchs steigen auch die Bedarfe an die Ausstattung z.B. die Raumbedarfe. Es muss gelingen, die notwendigen Bürokapazitäten und die entsprechende Ausstattung zeitnah zur Verfügung zu stellen.
Das Problem der Arbeitsfähigkeit der Straßen- und Grünflächenämter ist insofern nicht allein eine Frage möglicher neuer Stellenpositionen, sondern auch der Prioritätensetzung in den Bezirken, der Besetzung bestehender Stellen und der Sicherung des Personals.

3. Entwicklung einer zukunftsfähigen Infrastruktur für Berlin
Die notwendigen Erfordernisse der sich rasant wandelnden und wachsenden Stadt machen Investitionen in Milliardenhöhe erforderlich. Allein bei den im infrest e. V. organisierten Infrastrukturbetreibern sollen die planmäßigen Investitionen in tiefbaugebundene Infrastrukturmaßnahmen bis zum Jahr 2026 auf rund 1,1 Milliarde Euro pro Jahr anwachsen. Frage: Welche Konzepte hat Ihre Partei zur Modernisierung und Erhalt der Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur Berlins?

Die notwendigen Investitionen in die Wachsende Stadt, die Energiewende mit besonderen Herausforderungen beim Strom- und Wärmenetz aufgrund der vermehrten Stromanwendungen und der Klimaziele im Wärmesektor, die Verkehrswende, die Digitalisierung und nicht zuletzt die Sanierung der bestehenden Infrastrukturen werden zu steigenden Herausforderungen an die Koordination der Investitionen und der begleitenden Baumaßnahmen führen.
Um Synergieeffekte zu heben sowie damit die erforderlichen Maßnahmen mit möglichst geringen Beeinträchtigungen des Klimas, der Wirtschaft und der Bevölkerung hinsichtlich Mobilität, Luft- und Lärmbelastung einhergehen, ist aus unserer Sicht eine umfassendere und verbindlichere Koordinierung der Baumaßnahmen erforderlich.

Der Baustellenatlas von infrest e.V. ist eine wichtige Grundlage, die alleine aber aus unserer Sicht nicht ausreicht.
DIE LINKE Berlin tritt daher für eine zentrale Baustellenkoordinierung für Tiefbaumaßnahmen bei der für Verkehr zuständigen Senatsverwaltung ein.
Auch damit die Investitionsentscheidungen nicht vorrangig anhand einzelwirtschaftlicher auf Gewinnmaximierung orientierter und nebeneinander agierender Unternehmen, sondern mit Blick auf den Mehrwert für die Stadt getroffen werden, streben wir auch die Rekommunalisierung weiterer Leitungsbetriebe wie der Wärmenetze und des Gasnetzes an. Die rekommunalisierten Leitungsbetriebe könnten dann in einem koordinierten Netzbetrieb ihre Investitionsentscheidung eng anhand netzübergreifender Vorteile, einer strategischen Wärmeplanung und der erforderlichen Sektorkopplung aufeinander abstimmen. Damit können die Belastungen für Mensch und Umwelt soweit möglich reduziert und die Planungen auch eng mit geplanten Straßenbaumaßnahmen abgestimmt werden.

4. Frage: Wie wollen Sie diese Wirtschaftsbereiche dabei unterstützten, auch weiterhin leistungsfähig zu bleiben?

Durch verstetigten Wohnungsneubau bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie die kontinuierliche Sanierung des öffentlichen Wohnungsbestandes und der öffentlichen Infrastruktur ist die öffentliche Hand ein großer Auftraggeber für die private Bauwirtschaft. Die Bauwirtschaft ist angehalten, ihre Kapazitäten auszuweiten, da sie sich auf eine weiterhin hohe und kontinuierlich bestehende Auftragslage durch die öffentliche Hand verlassen kann. Hierfür können Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Senat und der Bauwirtschaft abgeschlossen werden. Basis zur langfristigen Sicherung der öffentlichen Investitionen ist die vom Parlament zu beschließende Finanz- und Investitionsplanung. DIE LINKE setzt sich für weiterhin verlässliche Investitionen in unsere Stadt ein. Investitionen sind über Extrahaushalte möglich. Dieses Potenzial muss weiter umfassend genutzt werden. Es geht um die Modernisierung und den Neubau insbesondere von Schulen, Kitas, Behörden und Hochschulen. Das Abarbeiten der Sparjahre und Investieren in die Infrastruktur wollen wir fortsetzen.

5. Frage: Wie wollen Sie die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessern?

Nur im Zusammenspiel von leistbarem Neubau und der Regulierung überhöhter Mieten kann die Wohnungskrise in Berlin dauerhaft bewältigt werden. Einen besonderen Wohnungsbauschwerpunkt stellen die derzeit 16 neue Stadtquartiere dar. Diese wollen wir als lebendige Quartiere, d. h. sozial gemischt, grün, mit guten Versorgungsangeboten sowie mit einer leistungsfähigen ÖPNV-Anbindung entwickeln. Um möglichst vielen Berliner:innen ein neues Zuhause geben zu können, kann dies nur vorrangig als Mehrgeschosswohnungsbau erfolgen. Die Errichtung von etwa 52.000 Wohneinheiten wird vorbereitet, ein Teil davon ist bereits fertig errichtet. Damit entsteht rund ein Viertel der im Stadtentwicklungsplan Wohnen vorgesehenen Wohnungen in den neuen Stadtquartieren. Das Ziel wollen wir durch ein gemeinsames Vorgehen von Land, Bezirken und breiter Öffentlichkeitsbeteiligung erreichen.
Beim Neubau von bezahlbaren Wohnungen und Sozialwohnungen kommt es vor allem auf die landeseigenen Wohnungsunternehmen an. Im Neubau muss deren Quote von Sozialwohnungen auf 75 Prozent erhöht werden. Um ihre Kapazitäten für günstigen Wohnungsbau zu erhöhen, sollen die landeseigenen Wohnungsunternehmen künftig stärker miteinander kooperieren. Durch

übergreifende Planung und einheitliches serielles und modulares Bauen kann zügiger und kostengünstiger gebaut werden. Zudem schlagen wir vor, dass eine Bauhütte geschaffen wird, die Bauleistungen für gemeinwohlorientierte Wohnbauträger:innen erbringt.
Den Anteil an kommunalem, genossenschaftlichem und sonstigem gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand wollen wir in den kommenden Jahren durch Ankauf, Vorkauf, Vergesellschaftung und Neubau erheblich ausweiten. Auch der „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ sieht vor, dass mindestens 50 Prozent der bis 2030 neu gebauten Wohnungen zu leistbaren Mietkonditionen durch landeseigene Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Träger geschaffen werden sollen. Indem landeseigene Grundstücke an Genossenschaften mit Erbbaurechten zu günstigen Bedingungen vergeben werden, können mehr preiswerte, mietpreis- und belegungsgebundene Genossenschafts-Wohnungen errichtet werden.

**6. Wie wollen Sie die öffentliche Hand zu einem attraktiven Auftraggeber für die regionale, kleine und
mittelständische Unternehmerschaft machen?**

Transparente diskriminierungsfreie Vergabeverfahren sichern einen fairen Wettbewerb und sind auch im Interesse der Bauwirtschaft. In Vergabeverfahren darf aber nicht nur der Preis allein maßgeblich sein, es sind weitere Interessen des Gemeinwesens zu verankern. Dazu zählt auch, durch Ausschreibungstexte nicht die großen Generalübernehmer zu bevorteilen, sondern der regionalen Wirtschaft Chancen zu ermöglichen, im Vergabeverfahren zum Zuge zu kommen. Hierbei Verbesserungen durch schlankere Ausschreibungsunterlagen herbeizuführen, ist unser Anliegen.

7. Frage: Wie wollen Sie in Berlin ein modernes und praxisgerechtes Bauordnungsrecht schaffen?

Die rot-rot-grüne Koalition hat sich in der nun zu Ende gehenden Legislatur vorgenommen, die Bauordnung umfangreich zu novellieren - mit dem Ziel, eine stärkere Begrünung von Grundstücken und Gebäuden, mehr recyclingfähige Baustoffe, eine Vereinfachung der Genehmigung von Holzbauten, mehr Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und im Wohnungsbau, eine Genehmigungspflicht von Abrissen, eine Abstandsfläche von 0,5 mal Gebäudehöhe, ein schärferes Verunstaltungsverbot und eine kürzere Geltungsdauer von Baugenehmigungen zu erreichen. Eine Novelle soll noch in dieser Wahlperiode beschlossen werden. Dabei geht es aber darum, der Musterbauordnung möglichst treu zu bleiben und auch nicht allzu große Differenzen zur Brandenburgischen Bauordnung aufkommen zu lassen. Da in der Bauordnung gesellschaftliche Zielstellungen wie Barrierefreiheit und Ökologie im Einzelnen konkret geregelt werden müssen, wird es keine stark vereinfachte Bauordnung geben. Die moderaten Änderungen und Überarbeitungen der Bauordnung führen nicht zu einer strukturellen Neuausrichtung. Dies ist aus unserer Sicht auch nicht erforderlich, denn die Bauordnung für Berlin hat sich in ihrer Struktur grundsätzlich bewährt.

8. Bekämpfung der Schwarzarbeit

Frage: Wie wollen Sie die Schwarzarbeit effektiv bekämpfen?

Um Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sowie die dadurch hervorgerufene Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil seriös arbeitender Bauunternehmen in der Bauwirtschaft entgegenzuwirken, wird sich DIE LINKE auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass die Zahl der Kontrolleure bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls auf 15.000 verdoppelt wird. Wenn wir

mehr Kontrollen umsetzen wollen, brauchen wir auch das Personal dafür. Ordentliche Kontrollen schützen nicht nur die Rechte der Beschäftigten, sondern ersparen dem Staat auch die Millionenschäden, die durch den Betrug mit der Schwarzarbeit entstehen.
Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass die nächste Bundesregierung ein offizielles Meldeportal gegen Schwarzarbeit, Sozialversicherungsbetrug, Lohnsteuerhinterziehung und Mindestlohnbetrug einrichtet, um den Druck auf diejenigen (Bau-)Unternehmen zu erhöhen, die mit teilweise hoher krimineller Energie gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen. Diese Firmen nutzen die Schwarzarbeit, um die Kosten zu drücken und erschleichen sich so Marktvorteile auf dem Rücken ihrer Beschäftigten und der legal arbeitenden Unternehmen in der Bauwirtschaft.

9. Frage: Wie wollen Sie dazu beitragen, die Baukosten zu senken?

Das eigentliche Bauen, also das Herstellen der Bauleistung der Gebäude, folgt der allgemeinen Preisentwicklung. Die Baukosten steigen vor allem im Bereich der technischen Anlagen. Daher schlagen wir vor, Gebäude einfacher, robuster und weniger techniküberladen zu entwickeln. Es gibt aber auch Normen, die zur Baukostensteigerung beitragen, an denen DIE LINKE festhalten möchte: das sind gesellschaftlich erwünschte Ziele wie Barrierefreiheit und Klimaneutralität. Einerseits gibt es die Länderkompetenz für die Bauordnung, andererseits bundes- und europaweite Vorgaben, die umgesetzt werden müssen.
Gemäß der Empfehlung der Baukostensenkungskommission wollen wir zum Prozess der Regulierung und Normung eine Folgekostenabschätzung verpflichtend einbauen.
Baukostensteigerungen gibt es aber auch aufgrund gestiegener Anforderungen auf der Nachfrageseite, durch gestiegene Ausstattungs- und Qualitätswünsche. Wenn wir immer mehr Wohnfläche verbrauchen, werden die Häuser für die gleiche Zahl von Menschen ständig teurer. Die Gestaltung von Baukörpern und Grundrissen ist ein ganz erheblicher Ansatzpunkt für Baukostensenkungen. DIE LINKE tritt weiterhin dafür ein, dass es in Berlin keine Stellplatzpflicht gibt. Somit kann auf teure Bauteile wie Tiefgaragen verzichtet werden. Wir setzen auf serielles, modulares und industrielles Bauen mit einem hohen Vorfertigungsgrad. Um gegen die steigenden Baukosten und die Engpässe bei den Kapazitäten der Bauwirtschaft anzukommen, setzen wir auch auf eine stärkere Kooperation der bauenden Landesunternehmen und -behörden. Das betrifft den Aufbau eigener Baukapazitäten ebenso wie die gemeinsame Verwendung standardisierter Lösungen. Mit der Standortentwicklung im Schumacher Quartier auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel verhelfen wir mit der Bauhütte 4.0 dem urbanen Holzbau zum Durchbruch – in Serie und vor Ort gebaut, kann der Holzbau mittelfristig um 25 Prozent günstiger sein als herkömmliche Bauweisen und damit unsere neuen Stadtquartiere klimaneutral und bezahlbar machen.

Mit freundlichen Grüßen

Koch

Sebastian Koch